

Welfare

Europäische Wohlfahrtssysteme: Italien investiert in Renten, spart bei Familien

Europas Wohlfahrtsstaaten stehen angesichts aktueller Krisen vor großen Herausforderungen: Investieren sie ausreichend in die Zukunft – oder nur in die Vergangenheit? Im Durchschnitt geben die Länder 29,9% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für den Sozialschutz aus, aber es zeigen sich starke Unterschiede bei der Prioritätensetzung. Überdies machen hohe Sozialausgaben allein noch keinen guten Sozialstaat aus. Italien steht hierfür beispielhaft: Mit 31,8% des BIP liegen die Ausgaben zwar über dem EU-Durchschnitt, aber Italien investiert weiterhin kräftig in den Bereich „Alter“ (14,6% des BIP bzw. 47,4% des Welfare-Budgets). Investitionen für Familien und Kinder kommen hingegen eher kurz: Nur 1,2% des italienischen BIP fließt in diesen Bereich – vorletzter Platz im EU-Ranking.

Das AFI | Arbeitsförderungsinstitut hat heute (27. Februar 2025) die Ergebnisse seiner jüngsten Studie „Wohlfahrtsstaats-Modelle und Sozialausgaben in Europa“ vorgestellt – die Neuauflage und Erweiterung einer im Jahr 2014 erstmals veröffentlichten Studie. Die Landesrätin für sozialen Zusammenhalt **Rosmarie Pamer** unterstrich auf der Pressekonferenz die bedeutende Rolle der Forschung für die Südtiroler Sozialpolitik.

Die AFI-Studie liefert einen Überblick der europäischen Wohlfahrtsstaats-Modelle und untersucht, wie sich die Sozialausgaben in den letzten zehn Jahren verändert haben. Besonders auffällig sind dabei tiefgreifende Unterschiede in der Verteilung der Mittel. Diese Unterschiede werden in den größeren Rahmen des „europäischen Sozialstaates“ eingeordnet, der als Garant für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand gilt. Die Analyse zeigt auf, wo dringender Handlungsbedarf besteht – eine Sammlung von *Good Practices* bietet Denkanstöße für die zukünftige Gestaltung der Südtiroler Wohlfahrt.

Sozialausgaben unter der Lupe: Wer investiert wo?

Global betrachtet geben die Staaten der EU 27 am meisten für die Absicherung von Risiken im Alter aus (39,8% des Welfare-Budgets). Insbesondere Italiens Wohlfahrt ist stark von Rentenleistungen geprägt – sie machen sogar fast die Hälfte der gesamten Sozialausgaben aus (47,4%). Schlecht schneidet Italien hingegen im europäischen Vergleich bezüglich der Leistungen für Familien und Kinder ab. „Trotz des Geburtenrückgangs und der stark alternden Bevölkerung, verfolgt Italien hier mit nur 1,2% des BIP weiterhin einen Sparkurs und liegt damit weit hinten im europäischen Vergleich“, kritisiert AFI-Forscherin **Aline Lupa**. Dass diese Ausgaben auch in den anderen mediterranen EU-Ländern gering ausfallen, verdeutlicht das dort immer noch vorherrschende Konzept der Familie als zentrale Instanz zur Gewährleistung sozialer Sicherheit.

Krisenfester Wohlfahrtsstaat? Herausforderungen in Zeiten wachsender Unsicherheit

Wie AFI-Direktor **Stefan Perini** betont, „muss der Wohlfahrtsstaat insbesondere in einer Zeit, die mehr und mehr von sozioökonomischen Veränderungen sowie sich daraus ergebenden sozialen Ungleichheiten und wirtschaftlichen Unsicherheiten geprägt ist, eine zentrale Stütze moderner Gesellschaften bleiben.“ Herausforderungen wie der demografische Wandel, aber auch neue Lebens-, Arbeits- und Wohnmodelle rücken die Resilienz von Wohlfahrtssystemen ins Licht und werfen die Frage nach einer notgedrungenen Reform des Wohlfahrtsstaates auf. In Italien, wo immer noch ein familistisches System vorherrscht, in dem die Familie die zentrale Instanz für die Gewährleistung sozialer Sicherheit ist, steht die Zukunftsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats durch die zunehmend alternde Bevölkerung umso mehr auf dem Spiel.

Lernen von den Besten: Erfolgreiche Sozialprojekte aus Europa

Welche Länder machen es besser – und was kann Südtirol daraus lernen? Die AFI-Studie liefert auch diesbezüglich einige Impulse, indem sie erfolgreiche Sozialprojekte aus Europa vorstellt. Diese *Good Practices* reichen von innovativen Wohnbauprogrammen in der Schweiz bis zur gleichberechtigten Elternzeit in Schweden. Dazu AFI-Präsident **Andreas Dorigoni**: „Ziel ist es, Südtirols Entscheidungstragenden konkrete Denkanstöße für eine zukunftsfähige Sozialpolitik zu geben – mit dem Blick über die Grenzen hinaus und der Bereitschaft, Bewährtes zu adaptieren.“

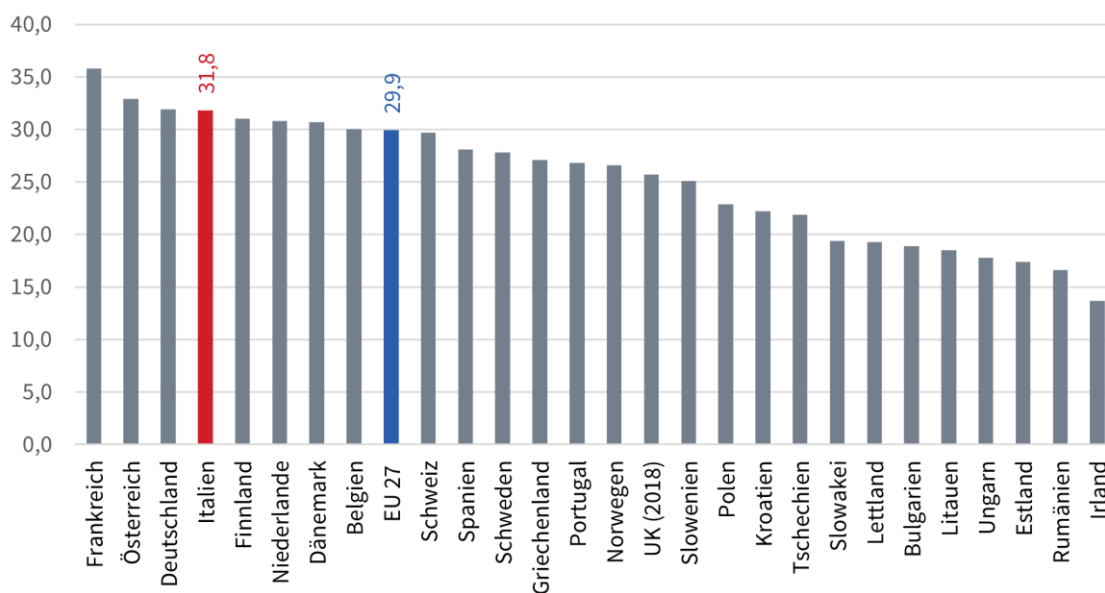
Statement der Landesrätin für sozialen Zusammenhalt Rosmarie Pamer

„Wir stehen vor großen sozialen Herausforderungen, die die Resilienz unseres Wohlfahrtssystems auf die Probe stellen. Doch wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen und gemeinsam mit einer Reihe von Partnern an der Stärkung sozialer Dienste und Einrichtungen und an der Förderung einer gerechten, inklusiven Gesellschaft – von der Unterstützung von Familien über die Gleichstellung der Geschlechter bis hin zur Sicherung guter Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Ein starker Wohlfahrtsstaat basiert auf nachhaltigen Rahmenbedingungen und dem kontinuierlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, um soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten. Die Verantwortung für das Funktionieren des Ganzen liegt natürlich bei der öffentlichen Hand, doch der sogenannte Welfare-Mix – die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich bzw. dem Dritten Sektor – wird eine immer größere Bedeutung erhalten.“

Nähere Informationen erteilt Aline Lupa (T. 0471 41 88 42, aline.lupa@afi-ipl.org).

Abrufbar ist die vollständige Studie auf der Homepage des Instituts: www.afi-ipl.org

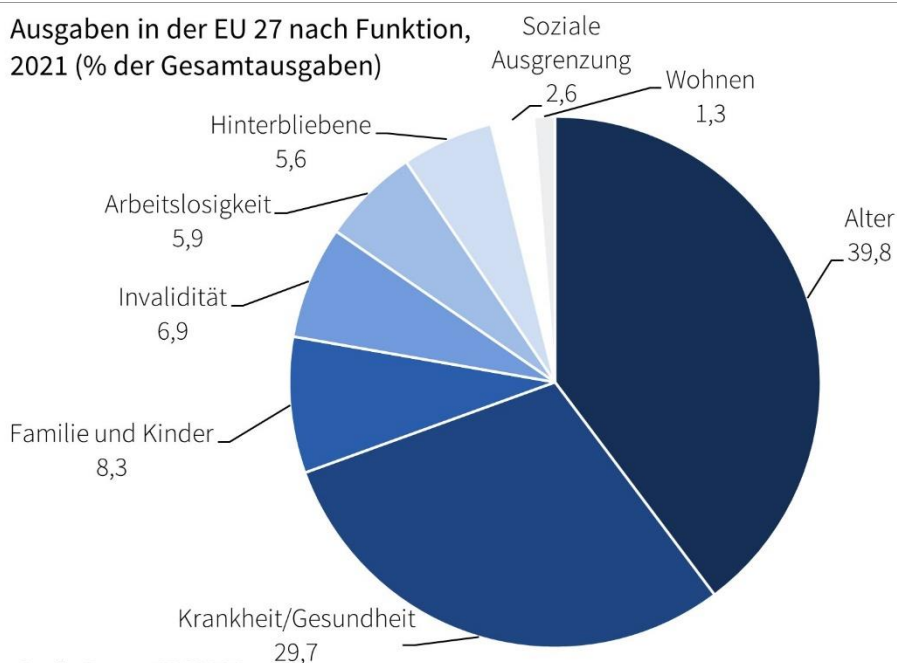
Anteil der Sozialausgaben am BIP, 2021 (%)



Quelle: Eurostat ESSPROS

© AFI 2025

Ausgaben in der EU 27 nach Funktion, 2021 (% der Gesamtausgaben)



Quelle: Eurostat ESSPROS

© AFI 2025

Sozialschutzleistungen nach Funktionsbereichen

Krankheit und Gesundheit

- 1- Ärztliche Behandlungen und stationäre Versorgung
- 2- Entgeltfortzahlung
- 3- Arzneimittel, pharmazeutische Produkte und Hilfsmittel

Invalidität

- 1- Invalidengeld, Invalidenrente, Pflegegeld
- 2- Rehabilitationsdienste

Alter

- 1- Alters- und Dienstaltersrente, Teilrente, Ergänzung der Mindestrente
- 2- Pflegegeld

Hinterbliebene

- 1- Witwenrente, Waisen und andere Anrecht habende bei Tod Familienangehöriger
- 2- Begräbniskosten

Familie und Kinder

- 1- Pflegegeld, Kindergeld, Familiengeld, Geburten-
geld/Adoptionsgeld, Zulagen für Kinder mit Behinderung
- 2- Bezahlter Wartestand bei Mutterschaft/Vaterschaft
- 3- Elternzeit und Wartestand für Pflege Angehöriger
- 4- Beiträge zur Kinderbetreuung, Unterkunft, Haushaltshilfe

Arbeitslosigkeit

- 1- Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Entlassungsentschädigung
- 2- Ordentliche/außerordentliche Lohnausgleichskasse
- 3- Mobilitätzulagen, Weiterbildungszuschuss

Wohnen

- 1- Mietzulagen
- 2- Sozialwohnungen
- 3- Eigenheimzulagen, Zuschüsse zu Wohndarlehen, Hypotheken

Soziale Ausgrenzung

- 1- Unterkunft
- 2- Rehabilitation von Alkohol- und Drogenabhängigen
- 3- Einkommenszuschuss